

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863

17.9.1863 (No. 218)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 17. September.

N. 218.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufspreise: die gepaltene Beilage oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

Deutschland.

Frankfurt, 16. Sept. Die „Europe“ veröffentlicht den Wortlaut der Depesche des Grafen Rechberg an den Grafen Thun, österreichischen Gesandten zu St. Petersburg, vom 12. v. M. Graf Rechberg sucht darin die Argumentation der Gortschakoff'schen Note vom 17. Juli d. J. zu widerlegen. Sofortige Verhandlungen auf der Grundlage der sechs Punkte — heißt es in der österreichischen Depesche — würden keineswegs die Wiederherstellung der Ordnung in Polen erschweren, sondern vielmehr selbst dann von Erfolg sein, wenn die extremen Parteien ein von den Mächten empfohlenes Programm zurückweisen würden, indem die Berücksichtigung der zahlreichen, außerhalb der extremen Parteien befindlichen Masse ein großer Schritt zur Pazifikation des Landes wäre. Die von dem Fürsten Gortschakoff betonte Aufregung von außen sei weit weniger wirksam, als die innere, aus der Nichtachtung der Verpflichtungen von 1772 und 1815 von Seiten Russlands entspringenden Ursachen der Revolution. Die Diskussion der polnischen Frage in einer formellen Konferenz der Mächte — nachdem Fürst Gortschakoff selbst den Mächten das Recht zur Auslegung der Verträge zuerkannt — schließe bei der durch die Verträge geschaffenen Ausnahmestellung Polens keineswegs eine Einmischung in die innere Angelegenheiten Russlands in sich. Indem Graf Rechberg seine frühere Protestation gegen die russische Auslegung der auf die Konferenz bezüglichen Stelle seiner Note vom 18. Juni und gegen die Nebeneinanderstellung des österreichischen und russischen Polens wiederholt hat, erklärt er nach dem mit Frankreich und England eingenommenen Standpunkt eine Konferenz der Theilungsmächte für unzulässig und den Präcedenzfall von 1815 für unanwendbar. Er schließt mit besonderer Betonung des Ernstes der Lage und der Verantwortlichkeit Russlands:

Österreich, Frankreich und England haben die Dringlichkeit der Beendigung eines heillosen Zustandes für Europa gefährlichen Zustandes angedeutet; sie haben zugleich die Mittel bezeichnet, um an dieses Ziel zu gelangen und ihre Mitwirkung angeboten, um es um so sicherer zu erreichen. Wenn Russland nicht thut, was von ihm abhängt, um die gemäßigten und verständigen Absichten dieser drei Mächte zu unterstützen, wenn es nicht den Weg betritt, welcher ihm durch freundschaftliche Rathschläge bezeichnet worden, so legt es sich ersten Folgen aus, welche die Verlängerung der polnischen Unruhen nach sich ziehen könnte.

Frankfurt, 15. Sept. Wie man verschiedenen Blättern („Köln. Ztg.“, „Nürnb. Corr.“ u. a.) schreibt, wäre der Bericht der vereinigten Ausschüsse des Bundestags in Betreff der holländischen Angelegenheit jetzt abgefaßt und soll wahrscheinlich in der Sitzung der Bundesversammlung vom 17. d. zur Vorlage kommen.

Stuttgart, 15. Sept. Dem heutigen ärztlichen Bericht zufolge hat das Befinden Sr. Maj. des Königs Fortschritte zum Besseren gemacht, auch die Nacht war besser. Nächstes Bulletin übermorgen.

München, 14. Sept. Die Gallerien des Ständesaales zeigten sich heute besonders zahlreich besetzt, da auf der Tagesordnung der außerordentliche Militärkredit stand. Zu dem vorliegenden Gesetzentwurf über denselben stellte Abg. Kolb einen Antrag, der die Erleichterung dieser Last durch militärische Vorbildung der Jugend, durch gleichmäßige Heranziehung der jungen Leute zum Militärdienst, durch Verminderung der Militärpflichtigkeit und Präsenzzeit, endlich durch Ausbildung eines wohlorganisirten Landwehr- oder Militärsystems bezweckt. Abg. Braker stellte einen Antrag, daß von dem zu genehmigenden Zuschuß von 100,000 fl. für Aufbesserung der Unteroffiziersgehälter 5000 fl. jährlich zum Besten der Gehalte der Hartshier-Regimenten verwendet werden sollen. (Heiterkeit.)

Nachdem Hof. Reuzer den Ansuchen Antrag gründlich motivirt hatte, erhob sich der Kriegsminister, um gegen die vorgeschlagenen Abstriche zu protestiren, so namentlich gegen jenen zu 128,360 fl. für die fünften Kompagnien der Jägerbataillone; dann gegen die Anträge, wodurch die Postulate von 100,000 fl. für Vollendung der Verwahrung, und von 5000 fl. für Aufbesserung der Unteroffiziersgehälter gekürzt werden sollten. Auch verwahrte sich der Kriegsminister dagegen, daß das Extraordinarium nur für zwei, und nicht für vier Jahre bewilligt werde. Es sei fester Wille des Ministeriums, Ersparnisse einzutreten zu lassen, sobald es die Umstände gestatten. Redner appellirt an den Patriotismus der Kammer, daß sie den verlangten Kredit ungeschmälert und auf vier Jahre genehmigen werde. Abg. Kolb zeigt, wie die Bedürfnisse der Armee eine erschreckende Höhe erreicht; während sie in der fünften Finanzperiode 7,319,000 fl. betragen, sind sie jetzt auf 14,743,000 fl., also auf das Doppelte gestiegen. Die Einkünfte des Staats hätten sich allerdings vermehrt, aber nicht annähernd in dem gleichen Maße. Tauschen wir uns nicht — ruft Redner —, wir werden keine Ersparnisse bekommen, bis nicht eine Aenderung des Militärsystems eintritt. Redner zeigt, wie trotz der hohen Abgaben der Soldat nur dürftig zu leben hat, wie die Kasernen schlecht bestellt sind u. Bezüglich seiner vom Referenten zitierten statistischen Angaben bemerkt Redner, daß jeder Gulden mehr diese Ziffern andere und Bayern dadurch zu den höchstbelasteten Staaten hinaufsteige. Er vermisse übrigens in seiner vom Referenten angeführten Statistik die Schweiz, die ohne stehendes Heer eine Beibrücklichkeit wie kein anderer Staat besitze, und das mit unendlichen

kleinem Aufwande. Die Heranbildung einer Volkswehr gehöre der Zukunft, und es werde mit derselben gehen, wie mit den deutschen Farben; vorher verpönt, haben sie jetzt überall Geltung erlangt. Abg. Dingler beantragt, es möge Gernersheim als Bundesfestung erklärt werden. Gernersheim könne schon seiner Lage wegen nichts Anderes sein, als eine deutsche Feste.

Abg. Dr. Barth (Kaufbeuren) ruft wie jener Römer: „Carthago sei zu zerstören“ — die Finanzperioden sind abzukürzen. Die Zweite Kammer habe sich beiläufig darüber beschloßen zu lassen, aber die Erste Kammer habe darin noch nichts gethan, und es scheie zu befürchten, der reichsständliche Referent wolle diesen Antrag abermals aus formellen Gründen wegescamotiren. Wo bleibe da das gute Einvernehmen zwischen Volk und Regierung? Die Kammer müsse deshalb ihr Prinzip wahren, und wenn ein Supplementarcredit gefordert werde, dürfe sie ihn nicht für die ganze Finanzperiode, sondern nur auf zwei Jahre bewilligen.

Abg. Dr. v. Hoffmann spricht zwar für die Ausgabe des Jägerbataillons in Frankfurt, will aber kein Extraordinarium, sondern nur ein log. Friedensbudget.

Abg. Frhr. v. Lerchensfeld, früher immer auf Abstriche der Militärforderungen ausgehend, hält solche jetzt für nicht gerechtfertigt. Nicht die Unzureichendheit der Mittel, sondern konstitutionelle Gründe seien Anlaß der jetzigen Postulate; es handle sich nicht um neue Steuern, sondern um die Verwendungsbefugniß über das Budget hinaus. Auf die Ausherrung eines, keine Kriegsgefahr sehenden Vordemiers erwidert Frhr. v. Lerchensfeld: In Schleswig liege allerdings der Keim eines höchst bedrohlichen Konflikts; Frankreich sei noch lange nicht ungefährlich durch die mexikanische Verwicklung, besonders, wenn in Deutschland selbst die Eintracht fehle. Bayerns Rüstungen könnten jetzt kein Mißtrauen mehr erregen, denn dies müßte schon längst geschehen sein; wenn Jemand Lust zu Mißtrauen habe, so gebe die Note vom 24. Jan. Anlaß dazu. (Bravo.)

Abg. Dr. Böll gibt zu bedenken, wenn die Kammer den Kredit nur auf zwei Jahre bewillige, so mahne sie die Regierung immer daran, daß dieselbe die Anträge auf allgemeine Wehrpflicht und Abkürzung der Finanzperioden reiflich prüfe. Bayern hat in den letzten sechs Jahren hundert Millionen für Kriegszwecke verausgabt und eine Kriegsschuld von mehr als 30 Millionen gemacht, die wieder eine Million Sinsen verursacht. Bayern komme dadurch über Frankreich, sowohl was Aufwand, als Procentzins seines Einkommens anlangt. Man könne doch an Bayern nicht die Anforderungen einer Großmacht erheben; Bayern erscheine nur als ein Glied des gesammten Vaterlandes. In zwei Jahren werde die Kammer die Sache vielleicht anders ansehen. Wenn das Haus wolle, daß die langen Finanzperioden aus der Verfassung ausgezerrt werden, so biete sich jetzt Gelegenheit zu praktischen Versuche. Wenn Österreich sein Heer reduzieren könne, wenn dies jetzt in Italien geschehe, so könne es um so mehr auch Bayern. Die Gefahren von Frankreich werden nicht gemindert, wenn ein paar Millionen mehr bewilligt werden. Das schütze uns nicht, ruft Redner, vor dem begehrligen Auge jenseits des Rheines. Nur wenn man dort weiß, daß nicht bloß die konstruirte Armee, sondern das ganze Volk hinter seinem Fürsten steht, wird man keinen Angriff wagen. (Lauter Bravo!) Das solle das Haus bei jeder Gelegenheit betonen und dann werde das Volk, wenn es gilt, gerne Opfer nicht bloß an Geld, sondern auch an Leib und Leben bringen. Es sei gewiß nicht im Sinne eines Vordemiers gelegen, das Mißtrauen auszusprechen, als ob unsere Rüstungen zu einem innern Krieg verwendet werden sollten; jenes unselige Aftersstück sei mit Recht mit einer gewissen Entrüstung erwähnt worden; der Mann, von dem es ausgeht, werde, so Gott will, auch noch seinen Lohn finden. Redner hoffe schließlich auf eine Umkehr vom starren Militärischen und wiederholt, daß er, nicht um der Regierung Verlegenheiten zu bereiten, sondern um sie daran zu erinnern, was sie der neuen Zeit schuldig sei, nur für zweijährige Bewilligung stimme.

Abg. Grämer (von Dooß) ist gleicher Meinung und gibt zu bedenken, daß nach zwei Jahren die Erübrigungen verschwunden sein könnten; wenn dann einmal 100 Procent Grundsteuer verlangt werden müßten, dann würden die Leute die Augen schon mehr aufmachen und Anträge, wie die der Abgg. Kolb und Barth, viel einschneidender ausfallen. Wir wollen in keiner Weise — betont Redner — die Wehrkraft des Landes schmälern. Das Militär kostet dem Lande doppelt so viel, als die ganze Grundsteuer trägt. Und doch wollen wir es bewilligen, aber nicht gleich auf vier Jahre. Wir müssen erst die Gewißheit haben, daß es nicht anders sein kann.

Frhr. v. Lerchensfeld erregt zur Abwehr nochmals das Wort, daß er für Bayern nie eine Großmachtspolitik beflurwortet habe. Es habe Zeiten gegeben, wo Bayerns Opfer Deutschland recht gut zu Statten kamen; im Jahr 1848 habe Bayern die Deckung der deutschen Südgrenze gegenüber Frankreich allein besorgt. Die Rüstungen Bayerns könnten sich nicht im entferntesten mit jenen Österreichs und Preußens messen. Schließlich fragt Redner: Können wir bei den jetzigen Verhältnissen einen Ausschußung des Jahres 1813 erwarten?

Abg. Hirschberger will Reduktion der Armee und billige Aenderung des Konstriptionsgesetzes.

Der Kriegsminister verwahrt sich gegen den Vorwurf eines Redners, als wären Gelder zu fremden Zwecken verwendet und eine neue Organisation zur Vergrößerung des Heeres führen. Er habe das Portefeuille des Kriegs nur in dem Vertrauen übernommen, daß ihn die Kammer unterstützen werde; wenn sie auf sein Postulat nicht eingehe, müsse er um Enthebung von seinem Posten beim König einkommen. Der Minister des Inneren ersucht die Kammer gleichfalls dringender um ungeschmälerte Bewilligung des verlangten Credits auf die vier Jahre. Das Haus begehre dadurch keine Inkonsequenz in Bezug auf den angenommenen Antrag des Abg. Dr. Barth auf Abkürzung

der Finanzperioden; denn letzterer könnte nur über die achte Finanzperiode hinaus eine Folge haben, weil das Budget für die laufende Periode bereits festgestellt ist. Wegen vorgerückter Zeit wird die Fortsetzung der Debatte auf morgen vertagt.

Kassel, 13. Sept. (Nürnb. Corr.) Nachdem sich das Oberappellationsgericht gegen die Einführung mehrerer Bestimmungen des Zivilprozeß-Gesetzes, wie es von der Ständeversammlung amendirt worden ist, ausgesprochen hat, scheint man im Ministerium zu dem Entschluß gekommen zu sein, die Einführung der ganzen Gesetzgebung, die Rechtspflege und deren Organisation betreffend, vorerst auf sich beruhen zu lassen. Es werden deshalb den demnächst wieder zusammentretenden dermaligen Ständen keine neuen Vorlagen gemacht werden. Dies soll vielmehr erst bei dem neuen Landtag geschehen. — Die ritterschaftlichen Landtagswahlen sind nunmehr beendigt. Dem Vernehmen nach wird Hr. v. Keubell die auf ihn gefallene Wahl nicht annehmen. Die Wahlen sind im Ganzen so ausgefallen, wie es sich erwarten ließ. Das spezifische Junterthum wird keine Vertretung in der Kammer erhalten und auf volkswirtschaftlichem Gebiet wird Hr. v. Mülching ein Gewinn sein. Die „Hessen-Zeitung“ schreibt auch schon Jeter über die Wahl.

Kassel, 14. Sept. (Südd. Ztg.) Heute ist das Urtheil gegen den Hauptmann a. D. Dörr, welcher angeklagt worden war, in der bekannten Broschüre „Staatsdiener und Staatschwächen der Gegenwart“ eine Majestätsbeleidigung, sowie eine Beleidigung des frühern Kriegsministers v. Haynau in Bezug auf Diensthandlungen desselben verübt zu haben, bekannt geworden. Es lautet bezüglich der Anschuldigung der Majestätsbeleidigung freisprechend, erkennt aber den Angeklagten der durch die Presse begangenen Beleidigung eines Staatsbeamten (v. Haynau) schuldig, und legt ihm eine Geldbuße von 100 Thlr. auf.

Kassel, 14. Sept. (Fr. Z.) In Folge höherer Anordnung findet eine Aufnahme der sämtlichen Pferde des Landes durch die Ortsbehörden statt; man darf dies vielleicht als eine Vorbereitung für den Fall ansehen, daß eine Bundesexekution wegen Schleswig-Holstein beschloßen und das kurbesessliche Armeekorps hierbei verwendet wird.

Hannover, 14. Sept. (W. L. Z.) Eine Verordnung des Kultusministeriums legt den 6. Oktbr. als Zeitpunkt des Zusammentritts der Vorjynode fest.

Oldenburg, 13. Sept. (Wes.-Z.) Es ist jetzt bestimmt, daß auch das Einführungsgesetz zum deutschen Handlungsgesetzbuch an den diesjährigen Landtag gebracht werden soll. Der Ausschub der Einführung des deutschen Handlungsgesetzbuches, welches bei uns auf keine Hindernisse gestoßen und von Regierung und Landtag schon längst und zwar unbedingt angenommen ist, rührt daher, daß man zunächst mit den Nachbarstaaten über möglichst gleichmäßige Bestimmungen des Einführungsgesetzes sich hat verständigen wollen. Es haben dieserhalb auch bereits mehrfach Verhandlungen stattgefunden. Diesseits scheint man den längern Ausschub der Einführung nicht für räthlich zu erachten.

Hamburg, 14. Sept. (Nordb. Bl.) Der König Georg von Griechenland traf in Begleitung seines Vaters, des Prinzen Christian zu Dänemark, gestern Vormittag von Kopenhagen, welches sie am Samstag Abend verlassen hatten, in Altona ein, um sich nach London und Paris zu begeben, bevor der junge König seine Reise nach Athen antritt.

Aus Holstein, 13. Sept. (Köln. Ztg.) Die Dänen denken den Zeitraum von zwei bis drei Monaten, bis es sich entscheiden haben wird, ob es zur Bundesexekution kommt oder nicht, nicht ungenutzt zu lassen. „Dagbladet“ mahnt, diese Zeit so zu benützen, daß Dänemark für etwas Ernstes zu freiten habe, wenn es einen Krieg führen müsse, und schreibt dem zum 21. d. M. einberufenen Reichsrathe die Aufgabe vor, dieses Ernstes zu schaffen. Diese Aufgabe besteht in einer Revision der Gesamtstaats-Verfassung und Herstellung eines Reichsraths auf neuer Grundlage. Es komme nicht darauf an, die Holsteiner durch neue Experimente für den Gesamtstaat wieder zu gewinnen, sondern das dänische Grundgesetz so zu verändern, daß alle durch dasselbe verliehenen Rechte auf den Reichsrath für Dänemark-Schleswig übertragen werden und fortan der 2. Oktober 1855, an welchem die Gesamtstaats-Verfassung erlassen wurde, für das konstitutionelle Dänemark dieselbe festliche Bedeutung erlangen möge, wie bisher der Tag der Erlassung des dänischen Grundgesetzes. Zu dem Behufe soll das Wahlgesetz erweitert und das bereits im Königreich geltende Zweikammersystem eingeführt werden. „Dagbladet“ meint, das in dieser Weise in sich gefestigte Dänemark werde hinreichende Widerstandskraft gegen das numerische Uebergewicht Deutschlands haben. Nach der Stellung dieses Blattes ist nicht anzunehmen, daß es sich bloß in eigenen Phantasien ergeht, sondern daß auch das Ministerium in gleicher Richtung gehende Pläne hegt.

Berlin, 14. Sept. Der „Nordb. Allg. Ztg.“ zufolge fanden sich die im Seebad Roderney versammelten Preußen in Folge der jüngsten Vorgänge in der deutschen Angelegen-

heit veranlaßt, folgende Adresse an Se. Maj. den König zu richten:

Allerburchseligster, großmächtigster König! Allergnädigster König und Herr! Ew. Majestät getreues Volk ist es gewohnt, seit den ersten Anfängen des preussischen Staates seine Fürsten und Könige überall als Vertreter der Würde des Staates, der Unabhängigkeit Ihres Volkes zu verehren. Und so oft ein ernster Augenblick an die Geschichte dieses Staates, mit denen die Selbstständigkeit der ganzen deutschen Nation in allen ihren Stämmen untrennlich verbunden ist, herantrat, schlugen die preussischen Herzen ihrem königlichen Herrn in patriotischer Treue entgegen. Auch wir hier versammelte Preußen haben in voller Würdigung der Schwere des gegenwärtigen Augenblicks und der Bedeutung der österreichischen Reformvorschläge für die weitere Entwicklung unseres preussischen und deutschen Vaterlandes den Entschlüssen Ew. Majestät mit Spannung und mit vollem Vertrauen entgegengeleitet. Je präjudizeller das Eintreten Preußens in die Frankfurter Fürstenthatungen gewesen wäre, mit um so größerer Freude begrüßen wir einen Entschluß, durch den Ew. Majestät, vorbehaltlich Allerhöchster ihrer eigenen wohlwollenden Reformpläne, gleichmäßig die Großmachstellung Preußens und seine Gleichberechtigung mit Oesterreich im Deutschen Bunde Allerhöchst gewahrt haben. Diesen unsern Dank sprechen wir dem königlichen Herrn mit Ehrfurcht aus, in der freudigen Gewißheit, daß wir hier vor einer Frage stehen, bei welcher der innere Parteizwist in Preußen verstummt, und auf welche der preussische Patriotismus nur Eine gleichlautende Antwort hat. Gott segne und stärke Ew. Majestät mit der Kraft aus der Höhe! In tiefer Ehrfurcht erstehen wir Ew. Majestät treu gehorsamste, allerunterthänigste (Unterschriften).

Hierauf ist den Beteiligten folgendes Schreiben Seitens des Präsidenten des königl. Staatsministeriums zugegangen:

Ew. Excellenz beehre ich mich ganz ergebenst zu benachrichtigen, daß des Königs Majestät die Allerhöchstdemselben überreichte Adresse d. d. Norberney, den 25. d. M., mit Wohlgefallen entgegenzunehmen und mich zu beauftragen geruht haben, den H. H. Unterzeichnerten für die darin ausgesprochenen Gefinnungen treuer Anhänglichkeit Allerhöchsthren Dank auszudrücken. — Baden-Baden, 30. August 1863. — v. Bismarck.

Der „Köln. Ztg.“ schreibt man von hier Folgendes:

Sichern Vernehmen nach wird die preussische Antwort auf das Kollektivschreiben der Souveräne an den König in diesen Tagen abgehen. Es ist eigentlich richtig, von den preussischen Antworten zu sprechen, da jede der beteiligten Regierungen eine Antwort erhalten soll, um dadurch anzuzeigen, daß Preußen dem Frankfurter Fürstentag nicht die Berechtigung und Bedeutung einer staatsrechtlich kompetenten Versammlung beizulegen gedenkt. Daß der Inhalt der Antwort ablesend sein wird, braucht nach allem Geschehenen gar nicht erst erwähnt zu werden. — Man glaubt hier, daß am nächsten Donnerstag in der Bundestversammlung der Antrag in Betreff der wegen Holstein zu ergreifenden Maßregeln gestellt werden wird. Daß es nach so vielen Weiterungen nun endlich doch zur Exekution kommen wird, scheint keinem Zweifel mehr zu unterliegen. Es dürfte jedoch zur wirklichen Okkupation Holsteins durch die Bundesstruppen sicherlich nicht vor Mitte Dezember kommen, was auch unstreitig im Interesse des deutschen Handels liegt, insofern Dänemark, was hier noch immer vielfach bezweifelt wird, in der That zu Repressalien schreiten sollte. Daß das eigentliche Exekutionskorps aus Truppen des 9. und 10. Armeekorps — man hört namentlich Hannover, Sachsen und Mecklenburg nennen — gebildet werden soll, scheint fest beschlossen zu sein.

Ferner von anderer Seite:

Die Wiener „Presse“ will von Unterhandlungen zwischen den Kabinetten von Berlin und Wien über das in Frankfurt berathene Reformprojekt wissen. Ich habe Grund, diese Nachricht für ganz unbegründet zu halten. Dagegen besteht ein Einverständnis der beiden deutschen Großmächte in der holsteinischen Angelegenheit. Bezüglich ist der Versuch des französischen und englischen Kabinetts, durch eine Schilderung der Gefahren, welche aus einem Kriege zwischen Dänemark und dem Deutschen Bunde für die Ruhe Europas entstehen könnten, den bundesrechtlichen Verlauf des Exekutionsbeschlusses aufzuhalten. Die Erklärungen beider Großmächte in Paris und London werden dort die Einsicht hervorgerufen haben, daß nur die Nachgiebigkeit Dänemarks eine Sistierung der Exekution herbeizuführen vermag. Ich erwähne dieses besonders deshalb, weil von österreichischen Blättern die Nachricht verbreitet wird, daß nur das Wiener Kabinet, obwohl ihm als einer europäischen Macht die holsteinische Frage ferner liege, in der Exekutionsangelegenheit die Rechte des Bundes entschieden vertritt.

Berlin, 14. Sept. (Fr. Z.) Das Komitee der Fortschrittspartei hat sich jetzt über ein Wahlprogramm geeinigt, welches in den nächsten Tagen veröffentlicht werden soll. In demselben wird zuerst mit wenigen Worten der Haltung des aufgelösten Abgeordnetenhauses gedacht, und dann die Stellung entwickelt, welche die liberale Partei bei den einzelnen Fragen einnehmen müsse. Die Punkte, welche das Programm aufstellt, sind folgende: Zuerst und vor Allem ist es notwendig, daß die verfassungsmäßige Pressefreiheit wiederhergestellt, und daß deshalb die Verordnung vom 1. Juni wieder aufgehoben wird. Alsdann muß die Verfassung durch Erlaß eines Ministerverantwortlichkeits-Gesetzes gegen Verfassungsverletzungen sicher gestellt werden. Drittens muß die so lange gestellte Forderung nach einer zeitgemäßen Umgestaltung des Herrenhauses endlich gewährt werden. Als vierten Punkt hat man die faktische Anerkennung des Budgetrechtes der Volksvertretung aufgestellt. Die fünfte Forderung betrifft die Militärfrage, das Alpha und Omega unserer ganzen Krisis, und verlangt das Programm die Bildung einer Armee auf volksthümlicher Grundlage und mit zweijähriger Dienstzeit. Bei den auseinandergehenden Ansichten, welche sich gegen den Schluß der letzten Session in Bezug auf die Militärfrage gezeigt haben, hat man, wie es scheint, es für zweckmäßig gehalten, gerade bei dieser Frage eine allgemeine Fassung anzunehmen; dafür hat man aber die sechste Forderung um so bestimmter gestellt: sie lautet auf Einberufung eines deutschen Parlaments, welches aus Volks- wahlen hervorgegangen ist. Man darf sich der Hoffnung hingeben, daß sich alle liberalen Parteien, unzweifelhaft aber außer der Fortschrittspartei auch die Partei Bismarck-Dolfs, diesem Programm anschließen werden.

Wien, 13. Sept. Man spricht jetzt viel von einem Aus-

gleiche mit Ungarn. Der Kaiser solle nach Pesth-Ofen reisen, den Landtag einberufen, ein Geschenk von 30 Millionen Gulden für die Nothleidenden in Ungarn ankündigen, und dann als Dank von den Ungarn die Anerkennung der Reichsverfassung entgegennehmen. Die „Presse“ erklärt solche Hoffnungen für trügerisch und bemerkt:

Wie jetzt die Dinge stehen, kann den vor zwei Jahren aufgelösten ungarischen Landtag nur derjenige einberufen wollen, der sich entschlossen hat, nicht bloß die Februarverfassung, sondern auch das Oesterreichdiplom im Stich zu lassen und echten und gerechten Dualismus auf den Thron zu setzen. Wie endlich, zu meinen, die Ungarn würden, geführt von 20 oder 30 Millionen Gulden, die man ihren Nothleidenden schenkt und dagegen, um uns an Großmuth nicht nachzusehen, ihre vermeintlichen Verfassungsansprüche zum Opfer bringen und Abgeordnete zum Reichsrath wählen! Die Ungarn müßten nicht die gefühlten, bis zur Verzweiflung konsequenten Politiker sein, als welche Oesterreich sie kennt und als welche sie mancher Nation zum Muster dienen könnten, und man müßte alles Gedächtniß für die schon gemachten Erfahrungen verloren haben, wenn man sich dem Bahn hingeben wollte, Ungarn werde mit einem Male vor lauter Sentimentalität seine Vergangenheit verläugnen.

Zur deutsch-dänischen Frage geht der „Presse“ die Mittheilung zu, Carl Russell habe angeblich auf Veranlassung der dänischen Regierung es übernommen, beim Deutschen Bunde und gleichzeitig bei den beiden deutschen Großmächten einen Vermittlungsversuch zu machen. Um diesen Schritt nachdrücklicher zu gestalten, hätte der britische Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten sich gleichzeitig mit dem französischen Kabinet in Verbindung gesetzt. Der Vermittlungsversuch werde daher wahrscheinlich ein gemeinsamer Englands und Frankreichs sein. Wie der „Presse“ weiter gemeldet wird, soll im Wesentlichen eine Revision der ganzen Verhandlungen von 1851 an vorgeschlagen werden.

Wien, 14. Sept. Die „General-Korr.“ schreibt: Der Kurier, welcher die russische Antwortnote aus St. Petersburg zu überbringen hatte, ist gestern hier angekommen und sollte dieselbe, wie wir vernahmen, im Lauf des heutigen Tages Sr. Excell. dem Hrn. Grafen Rechberg zugestellt werden.

Wien, 15. Sept. (A. Ztg.) Ein St. Petersburger Berichterstatter der „Gen.-Korr.“ theilt den (nicht durchgehendes verbürgten) Inhalt der russischen Antworten mit. Die Angabe der „Indep. belge“, daß die Noten auf Reformen hinweisen, sei irrig. Ohne die sechs Punkte ausdrücklich zu erwähnen, scheinen die Antworten von der Voraussetzung auszugehen, daß die früheren, den sechs Punkten im Wesentlichen zuführenden Erklärungen Rußlands als abgemachte Sache zu betrachten seien; sie sprechen das Bedauern aus, daß die Hoffnungen Rußlands auf ein gedeihliches Resultat der Diskussionen nicht erfüllt, daß die Divergenz der Ansichten zwischen den drei Mächten und Rußland ungehoben geblieben seien, und daß daher eine weitere Fortsetzung der Diskussion überflüssig erscheine; Rußland übernehme die Verantwortlichkeit seiner Haltung.

Oesterreichische Monarchie.

Bernstadt, 14. Sept. In der heutigen Landtagssitzung wurde die Generaldebatte über die zweite Regierungsvorlage (Gebrauch der landesüblichen Sprache im amtlichen öffentlichen Verkehr) eröffnet. Fünfzehn Redner waren eingeschrieben. Bischof Fogarassy spricht für die historische Entwicklung auch bezüglich der Sprachen im amtlichen Verkehr, und betont das Recht der ungarischen Sprache. Die meisten Redner sprechen sich für die Regierungsvorlage aus. Die nächste Sitzung findet Mittwoch statt. An der Tagesordnung: Spezialdebatte über die zweite Regierungsvorlage.

Italien.

Turin, 14. Sept. Der Provinzialrath von Ravenna hat dem Prinzen von Carignan eine Adresse überreicht, um ihm dafür zu danken, daß er die Einweihung der Eisenbahn von Ravenna mit seiner Gegenwart beehrt hat.

Marseille, 15. Sept. Die Nachrichten aus Rom sind vom 12. Man sagte, der italienische Konful habe seine Pässe erhalten. Die Repräsentanten Rußlands und Preußens haben gegen die auf Polen bezügliche Stelle des Invito-sacro des Kardinalvikars reklamiert. Der Papst hat sich in Prozeßion nach St. Marco Maggiore begeben. — Man schreibt von Neapel unter'm 12., daß der Bischof von Tropea von den talabrischen Briganten losgelassen worden ist.

Frankreich.

Paris, 15. Sept. Man erwartet aus Biarritz den Befehl des Kaisers, um die letzte französische Note und die Antwort des Fürsten Gortschakoff im „Moniteur“ zu veröffentlichen. — Der Herzog von Montebello wird, wie die „France“ wissen will, seinen Urlaub erst nach der Rückkehr des Kaisers nach St. Petersburg antreten, wohin Se. Majestät zum Empfang des jungen Griechenkönigs vor seiner Abreise nach der Krimm und nach Moskau nochmals kommen werde. — Die „Patrie“ widerlegt das Gerücht, daß Hr. Sibell, Vertreter des Präsidenten Jefferson Davis, sich wegen der Angelegenheit der „Florida“ nach Brecht begeben. Hr. Sibell hat Biarritz, wo er sich seit einiger Zeit befindet, nicht verlassen. — Man weiß noch immer nicht, wer Recht hat, die Londoner Blätter, wenn sie versichern, daß Erzherzog Maximilian den mexikanischen Thron annahm, oder die Wiener Zeitungen, wenn sie dies bezweifeln. Einstweilen will man wissen, daß die französische Regierung beschlossen habe, eine Garantie für die mexikanische Anleihe, von welcher die Rede ist, in keinem Fall zu übernehmen. Dagegen soll England, falls der österreichische Erzherzog die mexikanische Krone annimmt, geneigt sein zur Bildung seiner Armee (bezw. um die Franzosen entbehrllich zu machen) die Anwerbung von 5- bis 10,000 Irländern zu gestatten. — Der König Ferdinand von Portugal, aus Brüssel kommend, ist heute in Paris angelangt. — Bekanntlich beabsichtigt Hr. Joubert vor der Rückkehr nach

Paris dem Kaiser zu Biarritz seine Finanzpläne vorzulegen. Man will in Betreff der letztern Folgendes wissen. Abgesehen von der bereits erwähnten Umwandlung sämmtlicher Eisenbahn-Obligationen in Staatsrente, soll Hr. Joubert vorschlagen: 1) Verkauf der Besitzthümer der sog. nicht-autorisierten Klostergemeinschaften und Umwandlung deren Einkünfte in Staatsrente, und 2) Vollendung der bereits früher begonnenen Konversion der liegenden Güter der Stiftungen etc. in Staatsrente. — Die heutige Börse war fest, aber wenig belebt. Rente bleibt 69.15. Cred. Mob. 1208.75. Ital. Anl. 74.15. Au comptant wich Rente um 25 C. auf 68.90.

Paris, 16. Sept. (Schw. M.) Der „Moniteur“ erklärt heute, die „Florida“ sei nicht, wie man geglaubt habe, ein Korfar, sondern gehöre zur Kriegsmarine der konföderirten Staaten. Die Offiziere seien mit regelmäßigen Patenten versehen.

Spanien.

Madrid, 10. Sept. Heute ist das Manifest der Progressisten erschienen; es ist vom 8. Sept. datirt. Unterzeichnet ist es von 60 angesehenen Männern dieser Partei, worunter Dozaga, Gen. Prim, Joaquin Aguirre, Pascual Madoz, Calvo Alencio, Marg. Perales etc. Der Name Spartero's fehlt. Es heißt darin, die progressivste Partei, der Spanien alle großen politischen Reformen verdanke, ziehe sich in zuversichtlicher Ruhe und in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft aus dem politischen Leben zurück. Sie protestirt im Namen der Vergangenheit und Zukunft gegen die Verkümmern des Versammlungswesens und gegen den Plan, die Wähler zum stummen Gehorsam unter die Befehle der Regierung zu beugen.

Madrid, 14. Sept. Die Königin hat den Präfecten von Alava und einen General abgesandt, um den Kaiser in Biarritz zu begrüßen. Ihre Majestät ist mit ihrem ganzen Hof nach Atocha abgegangen. Die Progressisten Gonzalez, Infante und Lujan haben, indem sie der Königin einen Besuch machten, gegen den Rath wegen des Enthaltens bei den Wahlen, welchen ihre Glaubensgenossen gegeben hatten, protestirt.

Dänemark.

Kopenhagen, 11. Sept. Aus sicherer Quelle vernimmt der „Hamb. Korr.“, daß von Seiten des Bundestags keine Konzentration des holstein-lauenburgischen Kontingents in Holstein verlangt wird. Nach den Bundesbeschlüssen ist die Inpzigierung gerade in den Cantonnements vorzunehmen, was in Oesterreich und Holland wiederholt außerhalb des Bundesgebietes geschehen ist.

Rußland und Polen.

Der „Nord“ bringt heute mehrere Mittheilungen aus St. Petersburg, die schon deshalb bemerkenswerth sind, weil sie in Paris an demselben Tage veröffentlicht wurden, wo die russische Antwort übergeben wurde, auf welche sie gewiß nicht rein zufällig ein helles Licht werfen. Zunächst wird bestätigt, daß es in Tarskoje-Selo bei den Beratungen, denen Großfürst Konstantin bewohnte, sehr lebhaft herging. Der Großfürst vertheidigte eifrig seine polnische Politik, wobei er jedoch beklagte, daß seine Absichten so wenig anerkannt worden. Daß seine Mission als vollständig beendet zu betrachten, soll er schließlich zugegeben haben. Es ist, dem „Nord“ zufolge, jetzt wieder lebhaft von der Ernennung des ehemaligen Generalgouverneurs von Sibirien, Murawiew-Amurski, zum Statthalter von Polen die Rede; derselbe war bereits in einer besondern Mission auf zehn Tage in Polen und traf am 12. Sept. wieder in St. Petersburg ein. Was die bekannte Erklärung des „Journ. de St. Petersbourg“ zur Uebertragung alles Zeitungsnebens über russische Verfassungsprojekte anbetrißt, so ist dieselbe, laut Petersburger Mittheilungen des „Nord“, strengstens zu nehmen. Die russische Nationalpartei will nichts von dem Allem wissen, so lange Polen noch in Waffen steht, weil dies wie eine Nachgiebigkeit gegen das Ausland ausfähe. Polen soll und werde nichts bekommen, so lange die Insurrection nicht vollständig niedergeschlagen; dies würde längst geschehen sein, wenn das Ausland sich nicht der Verwirklichung der Wünsche des gemäßigten Theiles der polnischen Nation widersetzte. Die Reform organischer Institutionen im Reiche sei unzeitgemäß; die Bevölkerungen müßten sich an Selbstregierung erst dadurch gewöhnen, daß sie mit Bestand ihre Lokalverhältnisse zu führen lernten. Reformen, welche unter den jetzigen Verhältnissen eingeführt würden, könnten keine heilsamen Früchte bringen. Die Garbin'sche Devise: „ein freies Polen in einem freien Rußland“, habe also nicht mehr Gnade vor russischen Augen gefunden, als das Sechspunkte-Programm westmächtllicher Diplomatie. Uebrigens gibt der „Nord“ zu verstehen, daß man auch in Warschau mit dieser Wendung einverstanden sei, indem er meldet: „Der „Niepobleglosc“, das Organ der Warschauer Nationalregierung, äußert in seiner letzten Nummer: „Angesichts der offenkundigen Ohnmacht der Diplomatie und des Kleinmuthes Europa's liegt der Schlüssel der Position jetzt weder in Paris, noch in London, noch in Wien, wohl aber an den Gestaden der Weichsel... Polen verharret in seinem Kampfe.“

Kraau, 12. Sept. (Fr.) Wie dem „Gaz“ gemeldet wird, bestehen im Lublin'schen auch nach der Niederlage Peterw's noch sechs Insurgentenabtheilungen unter dem Kommando Zielinski's, Rubzki's, Gwiel's, Jantowski's, Lutynski's und Grzymala's. — Wie aus Warschau berichtet wird, wurden von dort neuerdings 200 Personen nach Sibirien abgeführt. — Den polnischen Provinzen sind durch Erlaß der Regierung ungeheure Kontributionen auferlegt worden.

Großbritannien.

London, 14. Sept. Die Königin reist heute Abend nach Schottland und wird ungefähr am 8. des nächsten Monats zurückkehren. — Endlich ist es gelungen, den vergangene Woche in der Themse verjunkten Antwerpener Dampfer

Baron Osh" zu heben. Er ist aus der Mitte des Jahr-
wassers an's Ufer geschafft worden, wo vorerst sein Leet ge-
stoppf werden muß.

Der Pariser Korrespondent der „Times“ ist der Ansicht,
daß jede Besorgniß vor etwaigen Feindseligkeiten Deutschlands
gegen Dänemark in Folge des Zwistes in Deutschland we-
nigstens für den Rest dieses Jahres ruhig bei Seite gelegt
werden könne. Derselbe Korrespondent meint, der angeblich
abgeschlossene Allianz zwischen Dänemark und Schweden
sei viel zu große Bedeutung beigegeben worden. So
weit sei die Sache noch lange, trotz allen guten Einverneh-
mens der beiden Staaten, nicht gebiehen, und Schweden sei zu
vorsichtig, um gerade in diesem Augenblick sich die Hände zu
binden. Aber so viel werde aus guter Quelle berichtet, daß
zwischen den beiden Regierungen für gewisse Eventualitäten
ein Uebereinkommen abgeschlossen worden sei, daß unter ge-
wissen Bedingungen ein schwedisches Armeekorps im südlichen
Schweden und selbst auf dänischem Boden aufgestellt werde.
Schr unwahrscheinlich erscheine es dagegen, daß sich dieses zu
einer Vertheidigung Dänemarks verwenden lassen würde.

Der Pariser Berichterstatter der „Morn. Post“ wiederholt,
daß Erzherzog Max die mexikanische Kaiserkrone bestimmt
angenommen habe. Frankreich habe in alle von Sr. Kaiserl.
Hohheit gestellten Bedingungen gewilligt. Demgemäß werden
25,000 Mann Franzosen in Mexiko bleiben, bis der neue
Monarch die nöthigen Stützen seines Thrones organisiert
haben werde. Vom 1. Jan. 1864 anfangen sei Mexiko
verpflichtet, die Kosten der französischen Okkupationsarmee
zu bestreiten. Frankreich übernehme übrigens kein Protektorat
auf unbestimmte Dauer. Dagegen werde unter fran-
zösischen Auspizien eine mexikanische Anleihe in Paris abge-
schlossen werden im Betrage von etwa 20 Millionen Ffd. St.,
und schon hätten einige französische Bankiers ihre Geneigtheit
zu erkennen gegeben. Verwendet würde diese Anleihe werden
a) zur Befriedigung der englischen, französischen und
spanischen Ansprüche, b) zur Abzahlung der französischen
Kriegskosten, und c) zur Regelung der Staatsfinanzen.

Schon in aller nächster Zeit wird, wie verlautet, der Pro-
spektus einer russisch-englischen Bank ausgegeben
werden. Daß darüber durch englische Kapitalisten seit lange
mit der russischen Regierung Unterhandlungen gepflogen
werden, ist zuverlässig.

Amerika.

* **Neu-York, 3. Sept.** (Per „Asia“.) Entscheidendes
aus irgend einem Theile des ausgedehnten Kriegsschauplatzes
ist heute nicht zu melden. Fort Sumter hat sich noch immer
nicht ergeben; die Lage vor Charleston ist die alte, und
die Beschickung der Stadt war eingestellt worden. Was
letztere betrifft, so erklärt Beauregard offiziell, die Aufkündigung
des Generals Gilmore, daß die Stadt bombardirt werden
solle, sei ihm ohne jedwede Unterschrift zugesandt worden,
und 2 Stunden nach Empfang derselben, um 2 Uhr nach
Mitternacht, seien die ersten Brandkugeln in die Stadt gescho-
ssen. Gegen diesen Modus, aber nicht gegen das Bombardement
als solches, glaube er im Namen der Menschlichkeit pro-
testiren zu müssen. Südstaatlichen Angaben zufolge war am
26. ein neuer Angriff auf Fort Wagner kräftig abgeschlagen
worden.

Ueber Lee sind die alten Gerüchte in Umlauf, daß er eine
Bewegung, um Meade in der Flanke anzugreifen, vorbereite.
Eine bedeutende Truppenmacht der Südstaatlichen steht nördlich
vom Rappahannock unterhalb Friedricksburgs, und ihre
Kavallerie hat verschiedene Demonstrationen längs des Po-
tomac gemacht. — Admiral Dahlgren soll erkrankt sein. —
Bon Neu-Orleans setzt sich demnächst eine fürchtbare Flotte
in Bewegung; ob gegen Mobile oder Texas, ist unbestimmt. —
General Blunt war am 23. v. M. über den Arkansas ge-
gangen und wurde angeblich am 28. mit einem Verluste von
3000 Mann geschlagen. — Rosenkrantz hatte seinerseits
am 30. den Tennessee auf 4 Punkten überschritten, ohne
daß ihm der Feind den Uebergang wesentlich freitig gemacht
hätte. Burnside steht vor Kingston und bereitet Alles
zum Angriff dieser Stadt vor, während General Lane eine
starke Armee in Kansas organisiert und General Price mit
25,000 Mann Südstaatlicher bei Bayou Metarie am Wei-
ßen Fluße stehen soll. — Meade hatte 6 Deserteure, meist
Stellvertreter für Konstruktoren, erschossen lassen. General
Pemberton's Tod bestätigt sich.

Die angebliche Proklamation des Südstaaten-Präsi-
dents behufs Einreichung von 500,000 Neger war noch
nicht erschienen; dagegen wird mit Bestimmtheit versichert,
daß in Richmond, nach einer mit den verschiedenen Staaten-
gouverneuren gepflogenen Konferenz der Beschluß gefaßt
worden sei, 400,000 Neger in's Feld rücken zu lassen. Die
republikanische Staatskonvention in Neu-York hat die Er-
klärung abgegeben, daß den Rebellen keine Friedensanträge
gemacht und keinerlei Trennungsvorschläge Gehör gegeben
werden dürfen. Sie verspricht der Regierung die kräftigste
Unterstützung der republikanischen Partei und hält an der
Emanzipationspolitik fest. Letzteres thut auch Präsident
Lincoln in einem an diese Konvention gerichteten Schrei-
ben. Einen Kompromiß, der die Union nicht in Frage stelle,
halte er gegenwärtig noch für unmöglich. Denn Friedensunter-
handlungen ließen sich nur mit der Armee der Rebellen oder
mit dem Volke des Südens anknüpfen, und noch seien von
den Führern, seines Wissens, keinerlei Friedensanträge gestellt
worden. Wenn solche erst gemacht würden, dann würden sie
weder unbedingt verworfen, noch geheim gehalten werden.
Und ferner schreibt er:

Die Emanzipationsproklamation ist konstitutionell. Ist sie ge-
setzlich, dann kann sie nicht widerrufen werden, und ist sie ungiltig,
dann bedarf es keiner Widerrufung. Der Krieg macht seit der Ver-
öffentlichung der Proklamation eben so günstige Fortschritte als früher.
Der Friede scheint nicht mehr so entfernt als ehemals, aber trotzdem
dürfen wir nicht sanguinisch einen schnellen Triumph erwarten, sondern
nüchtern und rüthig fortarbeiten im festen Vertrauen auf Gottes ge-
rechte Entscheidung.

Die Staatskonvention in Missouri dringt darauf, daß

die Regierung dem französischen Einfluß in Mexiko entgegen-
arbeite. Mr. Hunter (gegenwärtig in Paris) werde, so
hieß es, als Geandter des Südens nach Mexiko gehen, um
die Anerkennung des neuen Kaiserreichs zu überbringen und
für die Anerkennung des Südbundes von mexikanischer Seite
zu wirken. — Im Staate Ohio ist die Loosaushebung bis
auf Weiteres eingestellt worden. In Neu-York haben
die Deutschen gegen dieselbe abermals ein Meeting abgehal-
ten, und schon heißt es, daß das Ergebnis derselben in allen
Ost- und Mittelstaaten ein sehr unbefriedigendes sei, und daß
die Loosaushebung in Neu-York dem Staate kaum 2000 Sol-
daten liefern werde. — Finanzsekretär Chase hat den Ban-
ken von Neu-York, Boston und Philadelphia den Vorschlag
gemacht, ihm 50 Mill. Doll. gegen 5prozentige Zinsen bis
November vorzuschließen, wo er sie in Schatznoten zurückzah-
len werde. Die Banken haben diesen Antrag angenommen.

* **Neu-York, 5. Sept.** Die unionistischen Panzerschiffe
haben den Angriff auf das Fort Moultrie aufgegeben.
Die Südstaatlichen haben einige Kanonen auf die Trümmer
des Fort Sumter aufgefahen und machen andere Vorberei-
tungen zur Vertheidigung.

* **Neu-York, 5. Sept., Abends.** Die letzten Nachrich-
ten aus Charleston melden, daß die Montiere das Bom-
bardement des Forts Moultrie in Folge eines starken Auf-
welters, welches ausbrach, aufgegeben haben. Die Auf-
gräben der Unionisten sind dem Fort Wagner sehr nahe.
Einige Stellungen, welche von Schützen besetzt waren, sind
genommen worden. Es wird in Neu-Orleans eine
Expedition vorbereitet, welche in dem mexikanischen Meer-
busen operiren soll. Die Unionisten sind in Kingston in
Tennessee eingezogen. Der östliche Theil der Stadt wurde
von den Südstaatlichen geräumt.

Neu-York, 7. Sept. (W. L. B.) Es heißt hier, der
amerikanische Konsul in Frankfurt habe (während des Für-
stentags) die mexikanische Fahne auf eigene Verant-
wortlichkeit aufgezogen. Die Antrittsproklamation des Gu-
verneurs von Kentucky spricht sich gegen die Negerbewaff-
nung und für Wiedervereinigung mit dem Norden auf
Grundlage der Konstitution aus. Steele verjagte die Sece-
sionisten aus Kansas. Burnside besetzte Kingston in Ten-
nessee, seine Kavallerie ging bis Knoxville. Ein neuer An-
griff der Panzerschiffe fand statt auf die Forts Sumter,
Wagner, Moultrie. Goldagio: 33. Wechsel: 146.

Baden.

* **Karlsruhe, 16. Sept.** Am 15. September 1862 trat der
große Oberlehrerrat in Wirksamkeit und hat nunmehr ein Jahr
angestrebter Thätigkeit auf dem ihm zugewiesenen wichtigen und
ausgedehnten Gebiete hinter sich.

Wesens sprach eine Deputation von drei Mitgliedern des Landes-
Lehrerassessorates der Behörde für ihre ersprießliche Wirksamkeit und
die bewährte Fürsorge für die Interessen des Volksschulwesens und
Lehrerstandes den aufrichtigsten Dank der Volksschullehrer des Landes
und das unbedingte Vertrauen in die Durchführung des großen Wer-
kes der Volksschulreform aus.

Der Jahrestag hatte im Orlendbad 50 Lehrer aus dem Mittelrhein-
kreis versammelt, welche in einem an den Direktor des Oberlehrer-
rats gerichteten Telegramm den gleichen Gefühlen des Dankes für das
Wirken der Behörde Ausdruck liehen.

Wenn gleich ein pflichtvolles Arbeiten für den großen Zweck der
Volkserziehung einer äußeren Anerkennung am wenigsten bedarf, so
ist die Thatsache dennoch erfreulich, wie rege das Interesse der Lehrer
des Landes ohne Rücksicht auf Konfession an der Reform des Volk-
schulwesens ist, die ihnen ja nicht lediglich Vortheile bringen soll, son-
dern auch neue erhöhte Pflichten auferlegen wird.

Vermischte Nachrichten.

— **Mainz, 14. Sept.** (M. Z.) Am jüngsten Samstag gab wir-
derum die Warburg'sche Sache Anlaß zu Verhandlungen am
großen Bezirksgericht; es handelte sich um die Refusation des Vice-
präsidenten Hrn. Darapsky. Aus der stattgehabten Vernehmung des
Recessisten Hrn. Röbler und des Genbarren geht nun allerdings her-
vor, daß bei der Vernehmung Warburg's dieser Hrn. Darapsky Vor-
würfe darüber gemacht, daß er ihm bei der gerichtlichen Verhandlung
das Wort nicht verstatlet habe, auf welche Provokation hin die be-
trübten heftigen Ausbrüche gegen Warburg fielen. Dem Antrag der
Staatsbehörde (Hrn. Staatsprokurator Belluc) gemäß wurde in dem
heute Morgen verhandelten Urtheil die Refusation für begründet er-
klärt und an Stelle des Hrn. Darapsky der Bezirksgerichts-Rath Hr.
Krämer als Kommissär ernannt; diesem Richter hat nun Warburg
seine Entlassungszeugen angegeben.

— **Dresden, 14. Sept.** (Fr. Z.) Unter ziemlich düstern Wetter-
auspizien bricht hier der erste Tag des sechsten volkswirtschaftl.
Kongresses an. Die Stadt Dresden, deren Oberbürgermeister,
Hr. Potentzauer, selbst mit an der Spitze des Lokalkomitees steht, er-
weist sich dem Kongresse so gastfrei als möglich. Morgen steht uns
ein Gartenfest bevor, das die Stadt Dresden den Kongressmitgliedern
veranstaltet. Das Fest, bestehend in Konzert, Souper und Illumina-
tion, findet auf dem Ländchen Wade statt, dem reizenden Vergnü-
gungsort unweit des Waldschlösschens, wo jetzt Gungl aus Berlin durch
seine Konzerte die Dresdener zum Entzücken hinreißt. Höhere Kunst-
genüsse stehen dem Kongress durch die Anwesenheit der Tragödin Fanny
Januschek bevor, von der wir heute Abend die „Gräfin Orsina“,
morgen Geibel's „Brunhilde“ sehen sollen. Die Künstlerin feiert ganz
außerordentliche Triumphe. Die Tagesordnung weist außer geschäfts-
lichen Angelegenheiten Berichterstattungen und Beratungen über I. die
Zollvereins-Krisis, II. Freizügigkeit, III. Bankgesetzgebung, IV. Patent-
gesetzgebung auf.

— **Dresden, 14. Sept.** (Fr. Z.) Die erste Sitzung des volkswir-
tschaftl. Kongresses dauerte von früh gegen 11 Uhr bis
4 1/2 Uhr Nachmittags ununterbrochen, und doch ist die für heute be-
stimmte Tagesordnung nicht ganz erledigt worden. Die Zahl der
Kongressmitglieder beläuft sich auf 129. Der Präsident der ständigen
Deputation, Dr. Lette, eröffnete, Oberbürgermeister Potentzauer be-
grüßte den Kongress Namens der Stadt. Präsident Lette dankte. Die
Versammlung wählte Hrn. Braun aus Wiesbaden zum Vorsitzenden,
neben ihm den Oberbürgermeister Potentzauer und Dr. Lette, als

Schriftführer die H. Advokat Inbeich, Aktuar Goldfriedrich, ferner
die H. Bremer, Jungmann und Wolf. Der erste größere Vortrag
war eine glänzende Rede von Schulze-Delitzsch, welcher seinen Bericht
über das Genossenschaftswesen im Jahr 1862 übergab und mit einigen
allgemeinen und besonderen Bemerkungen begleitete. Schulze-Delitzsch
legte der Versammlung u. A. die ungeheure Wichtigkeit der endlichen
gesetzlichen Regelung des Genossenschaftswesens, an der es bis jetzt
leider noch fehle, und die Angelegenheit der Arbeiterverfälschung von ge-
wisser Seite, des sozialistischen Unfugs gewisser Bestrebungen doppelt
noth thue, mit feurigen Worten an's Herz, und geistete bitter das Ver-
fahren des Münchener Vorkühlervereins, welcher das Stimmrecht nur
auf anständige Bürger beschränken wolle. Die weiteren Verhandlungen
behandelten die Patentgesetzgebung. Die Debatten waren ungemein
lebhafte und interessant, höchst bedeutend eingeleitet durch einen Bericht
von Prince-Smith. Als es zur Abstimmung über die von drei ver-
schiedenen Seiten vorgeschlagenen Resolutionen kam, ging Prince-
Smith's Antrag durch, Mar Witt's Antrag auf Herstellung einer all-
gemeinen deutschen Patentgesetzgebung fiel hinweg, Prof. Schröder's
(aus Mannheim) Antrag auf Verlagerung der ganzen Angelegenheit
war vorher abgeworfen worden. Prince-Smith's Resolution lautet:
„In Erwägung, 1) daß Patente den Fortschritt der Erfindungen nicht
begünstigen, vielmehr deren Zustandekommen erschweren; 2) daß sie
die rasche allgemeine Anwendung nützlicher Erfindungen hemmen; 3)
daß sie den Erfindern selbst im Ganzen mehr Nachtheil als Vortheil
bringen, und daher eine höchst trügerische Form der Belohnung sind;
beschließt der Kongress deutscher Volkswirthe, zu erklären, daß Er-
findungspatente dem Gemeinwohl schädlich sind.“ Aus der langen
Debatte sind die Reden des Hrn. Michalek (von der „Nationalzeitung“
in Berlin) und Dr. Faucher (ebenfalls), welche gegen die Patente, so-
wie der H. Ingenieur Philippson aus Berlin und Prof. Schröder
aus Mannheim, welche für die Patente sprachen und mächtige Längen
gegen einander brachen, auszeichnend zu erwähnen. Morgen früh
haben wir Dr. B. Böhmert aus Bremen zunächst Bericht erhalten zu
hören „über den Stand der deutschen Gewerbevereins- und Freizügig-
keitsfrage im September 1863“. Der Bericht liegt gedruckt vor. Dann
kommt morgen noch die Bankgesetz- und Freizügigkeitsfrage, Mittwoch
die Zollvereinsfrage und Donnerstag die Erledigung der dann noch
restirenden Anträge und Fragen zur Verhandlung.

Hannover. Nach einer Mittheilung in der „Neu. Hann. Ztg.“
werden gegenwärtig in Hannover Beiträge gesammelt, um dem Hrn.
Schulze-Delitzsch in Anerkennung seiner Verdienste um den Ar-
beiterstand ein Kapital von 30,000 Thlrn. als Nationalbank zum
Geschenk zu machen. Herr Schulze, ist beigestigt, hat sich nur zur
Annahme der Zinsen aus dieser Schenkung bereit erklärt, während
das Kapital selbst unangegriffen bleiben und später zu Gunsten des
Arbeiterstandes verwendet werden solle.

— **Hannover, 14. Sept.** In der „Nienburg. Landesztg.“ liest
man Folgendes aus Dannenberg: „Aus guter Quelle kann ich
Ihnen mittheilen, daß Pastor Baur Schmidt für seinen Uebergang
in das Parochialrecht des Pastors Ebert in Dannenberg, indem er ohne
Erlaubniß desselben das Kind des dortigen Pastors Gemarck, Redak-
teurs der „Zeeh-Ztg.“, am 5. Aug. kaufte, einen ernsten Verweis vom
k. Konsistorium erhielt, in welchem dem Pastor Baur Schmidt name:ntlich
bedeutet ist, daß, wenn er eine ähnliche Ordnungswidrigkeit sich wie-
derholt zu Schulden kommen lasse, er die sofortige Erkennung der
Strafe der Dienstentlassung zu gewärtigen habe.“

— **Berlin, 13. Sept.** Der Justizminister erläßt an die Prä-
sidenten der Gerichtshöfe die Verfügung, keinen Rechtskandidaten
zur ersten Prüfung zuzulassen, der nicht nachweisen kann, daß er noch
mindestens 10 Jahre nach dem Eintritt in den Dienst sich aus eigenem
Vermögen erhalten kann. Zur Begründung dieser Verfügung wird
mitgetheilt, daß in Preußen jetzt 489 Auskultatoren, 1087 Referendari-
en und 800 unbesoldete Assessoren vorhanden sind, daß aber nur
jährlich etwa 150 Assessoren durch Anstellung als Richter, Rechtsan-
wälte und Staatsanwalts-Gehilfen zu einem festen Gehalte gelangen
können; während auch in den letzten Jahren noch durchschnittlich fast
die doppelte Zahl von Beamten die dritte juristische Prüfung bestan-
den hat.

— **Wallis.** Gerüchtweise verlautet nach der „Walliser Ztg.“,
B. Roux, einer der Kameraden Vale's, habe umfassende Gesand-
nisse abgelegt. Die Mörder waren B. Valet und der erwähnte Roux,
G. Valet, der Bruder B. Valet's, hatte anfänglich mit zur Gesellschaft
gehört, später aber vor der Ausführung sich zurückgezogen. Roux brachte
dem Führer die zweite Wunde bei. Hrn. Quensell hat B. Valet er-
schossen. B. Valet war es ferner, der den Führer, welcher ihn im Na-
men seiner 6 Kinder um Gnade bat, aufhob und verband.

* **Neu-York, 3. Sept.** (Pr. Steamer „Asia“ und pr. Tele-
graph von Queenstown.) Das Postdampfschiff des Norddeutschen
Lloyd Neu-York, Kapit. Wenke, welches am 16. August von
Bremen und am 19. August von Southampton abgegangen
war, ist am 1. September nach einer Reise von 12 Tagen 20 Stun-
den wohlbehalten von Bremen hier angekommen.

In Folge unseres Aufrufs in Nr. 217 der „Karlsruher Zeitung“
sind weiter eingegangen: Von S. R. 1 fl. 45 kr., von D. G. 2 fl. 42 kr.,
von J. F. 5 fl., von Prof. Donsbach 3 fl., von R. v. R. 1 fl., von
D. 5 fl., von L. 2 fl. 42 kr.; zusammen 42 fl. 9 kr.

Karlsruhe, 16. September 1863.
Doll, Oberkirchenraths-Assessor.
Döll, Geh. Hofrath.
Fried, Oberlehrer.
Gruher, Oberlehrer.
Kittel, Hofbuchhändler.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 17. Sept. 3. Quartal. 90. Abonnements-
vorstellung. **König Enzo**; große Oper in 4 Akten, von
Dulk; Musik von Albert.

Freitag 18. Sept. 3. Quartal. 91. Abonnementsvor-
stellung. Zum ersten Mal: **Die Alten und die Jungen**;
Lustspiel in 1 Akt, von Hieronymus Lorm. Hierauf: **Wel-
cher ist der Bräutigam?** Lustspiel in 4 Akten, von Frau
v. Weisenthurn.

Sonntag 20. Sept. 3. Quartal. 92. Abonnementsvor-
stellung. **Lohengrin**; große Oper in 3 Akten, von Richard
Wagner.

3.a.328. Nr. 8824. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Das groß. bad. Eisenbahnlotterie-An-
sehen zu 14 Millionen Gulden gegen
35 fl. Loose vom Jahr 1845 betr.
Die 71. Gewinnziehung obigen Lotterielebens,
an welcher diejenigen 2500 Loose Nummern Theil neh-
men, welche in der Serienziehung vom 31. August
d. J. dazu bestimmt worden sind, wird

Wittwoch den 30. September 1863,
Nachmittags 3 Uhr,

im Ständehaus dahier unter Leitung einer groß.
Kommission und in Gegenwart der Ansehensunter-
nehmer öffentlich vorgenommen werden.
Karlsruhe, den 15. September 1863.
Groß. bad. Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse.
H a r t e r.

3.a.288. Furtwangen.

Erledigte Thierarztstelle.

Die Thierarztstelle für die Orte Reutrich, Gütten-
bach und Furtwangen, mit dem Wohnsitz in Furt-
wangen, ist in Erledigung gekommen, mit einem Ver-
sum von 250 fl. jährlich.

Die Bewerber um diese Stelle haben unter Vorlage
ihrer Zeugnisse ihre Gesuche bis 1. Oktober bei un-
terzeichneter Stelle einzubringen.
Furtwangen, den 13. September 1863.
Bürgermeisteramt.
W i n t e r m a n t e l.

3.a.888. Karlsruhe.

Aufforderung.

Wer an die Verlassenschaft des Herrn Gabriel Leon-
hard von Bercholz von hier irgend eine Forderung zu
machen hat, wird hiermit aufgefordert, seine besfallige
Rechnung

innerhalb acht Tagen
in der Wohnung des Herrn Erblassers, Karlsruhe
Nr. 26 dahier, abzugeben, damit solche bei der Erb-
theilung berücksichtigt werden kann.
Karlsruhe, den 12. September 1863.
S i s s, Notar.

3.a.777. Hamburg.

Alleerueste Grosse Geld- verloosung

von 2 Millionen 450,000 Mark,
in welcher nur Gewinne gezogen werden,
garantirt von der Regierung der freien Stadt
Hamburg.

Ein Original-Loos kostet 2 Thlr.
Ein halbes " " " 1 " "
Zwei viertel " " " 1 " "
Vier achtel " " " 1 " "

Unter 20,000 Gewinnen befinden sich
Haupttreffer von Mark 200,000, 100,000,
100,000, 50,000, 30,000, 20,000,
15,000, 8 mal 10,000, 2 mal 8000,
2 mal 6000, 4 mal 5000, 6 mal 4000,
31 mal 3000, 50 mal 2000, 6 mal 1500,
6 mal 1200, 106 mal 1000, 106 mal
500, 6 mal 300, 106 mal 200 etc. etc.
Beginn der Ziehung am 24. September.

Um der fortwährend sich steigenden Nach-
frage nach diesen beliebten Original-Loosen
(keine Promessen), welche nicht allein von
der Staats-Regierung garantirt, sondern de-
ren Ziehung auch von derselben beaufsichtigt
wird, zu genügen, hat man sich genöthigt ge-
sehen, die Loosenanzahl und demzufolge auch
die Gewinne bedeutend zu vermehren.

Unter meiner in weitester Ferne bekannten
Clientel wurde im verlossenen Jahre 2 mal,
und zwar am 25. Juli zum 18. Male das
grösste Loos, und im Laufe dieses Jahres
4 mal der grösste Hauptgewinn bei mir ge-
wonnen. Auswärtige Aufträge werden
gegen Einsendung des Betrages in allen Sor-
ten Papiergeld oder Freimarken, so wie
gegen Postvorschuss prompt und verschwie-
gen ausgeführt und sende amtliche Ziehungs-
listen und Gewinnelder sofort nach Entschlei-
dung zu.

Laz. Sams. Cohn,

Banquier in Hamburg.

3.a.335. Karlsruhe.

Carl Arleth,

Großherzoglicher Hoflieferant,

empfehlte die so eben eingetroffenen
— frische Austern, Caviar, —
— belizaten mar. Ostsee-Bratheringe —
mar. Brataal in Gelee, Bricken, russ. marin.
Sardellen, Sardines in Del, holl. Heringe,
in 1/2, 1/3 und 1/4 Tonnen und im Detail billig,
frische franz. und holl. Sardellen, ger. Rheinlachs,
westphäl. Schinken, Schinkenroulade feine
Würste etc.,
wogu feines Export-Bier von Pilsener,
Lager-Bier vom Spaten in
München
(in Flaschen und im Original-Fass billiger),
— echt engl. Porter- und Ale-Bier, —
auch echt engl. Seufmehl in 1/2 u. 1/4 Blafen.

3.a.321. Freiburg.

Wein- u. Fässer- versteigerung.

Am Freitag den 25. d. M.,
Vormittags 9 Uhr, werden im Hause Nr. 8 der
neuen Kaiserstraße zu Freiburg folgende reingehaltene
Weine, im Ganzen oder in Abtheilungen, gegen Bar-
zahlung versteigert:

28 Dhm Laufener vom Jahr 1834,
35 " Durbacher " " 1849,
19 " Martgaster " " 1846,
3 1/2 " rother Lotterehäler " 1857.
Sobann 8 Stück weingelne Fässer, zusammen
circa 320 Dhm haltend.

Herbst-Bericht

Zur

1863.

Bibliothek des naturgeschichtlichen Unterrichts.

Bewährte Unternehmungen für Schule und Haus
von Ferdinand Sirt,

Königlichen Universitäts-Buchhändler in Breslau.

I. Für den zoologischen Unterricht.

Das Thierreich. Mit 568 naturgetreuen Abbildun-
gen. (Theil I. von Schilling's Naturgeschichte.)
Achte Bearbeitung. 1 fl. 12 fr.
Atlas des Thierreichs. In mehr als 1000 Abbil-
dungen der Thierwelt, wie von — nach den fünf
Welttheilen geordneten — Gruppen der Vögel
und Thiere. Geb. 3 fl. 36 fr.
Schul-Atlas des Thierreichs. Zur Belebung und
Förderung der vergleichenden Anschauung. In
500 Abbildungen. Kart. 1 fl. 21 fr.

II. Für den botanischen Unterricht.

Das Pflanzenreich, nach dem Linné'schen System,
unter Hinweisung auf das natürliche System.
Recht einem Abriss der Pflanzengeschichte
und Pflanzengeographie. Mit 523 Abbil-
dungen. (Theil II. von Schilling's Naturge-
schichte.) Achte Bearbeitung. 1 fl. 12 fr.
Das Pflanzenreich, nach dem natürlichen System,
unter Hinweisung auf das Linné'sche System.
Recht einer Pflanzengeschichte und Pflan-
zengeographie. Von Dr. Fr. Wimmer. Mit
560 Abbildungen. (Ergänzungsband von Schil-
ling's Naturgeschichte.) Siebente Bearbei-
tung. 1 fl. 21 fr.
Atlas des Pflanzenreichs. In nahe an 1000 Abbild-
ungen von Pflanzen und Thieren, wie von — nach den
Zonen geordneten — Baum- und Pflanzengruppen.
Geb. 3 fl.

Schul-Atlas des Pflanzen- und Mineralreichs. In
392 Abbildungen aus der Pflanzenwelt und 272
mineralogischen Abbildungen. Kart. 1 fl. 21 fr.
Flora von Silesien, preussischen und österrö-
nischen Theils. Nach natürlichen Familien,
mit Hinweisung auf das Linné'sche System.
Von Dr. Friedr. Wimmer. Dritte Bearbeitung.
6 fl. 18 fr.

III. Für den mineralogischen Unterricht.

Das Mineralreich. Dytlognoie und Geognosie.
Mit 460 Abbildungen. (Theil III. von Schil-
ling's Naturgeschichte.) Siebente Bearbei-
tung. 1 fl. 3 fr.
Atlas des Mineralreichs. In mehr als 800 Abbild-
ungen aus dem Gebiete der Kristallographie, Petrogra-
phie, Paläontologie, Geotektonik, Formationslehre
und Geologie. 2 fl. 24 fr.
Schul-Atlas des Mineral- und Pflanzenreichs. In
272 mineralogischen Abbildungen und 392 Ab-
bildungen aus der Pflanzenwelt. Kart. 1 fl. 21 fr.

Innerer Gehalt und naturgetreue Illustration bilden die unbestrittenen Vorzüge dieser Unter-
nehmungen. Jede Buchhandlung des In- und Auslandes liefert dieselben zu gleichen, anerkannt
billigen Preisen. [3.a.329.]

Ferdinand Sirt's Verlags- und königl. Universitäts-Buchhandlung in Breslau.

Zu beziehen durch die G. Braun'sche Hofbuchhandlung in Karlsruhe.

3.a.330. Karlsruhe.

Ziegelhütte zu Eggenstein bei Karlsruhe

von deren bisherigem Besitzer, Herrn Conrad Müller dahier, ohne Aktiva und Passiva käuflich erworben
habe und dieselbe von nun an auf meinen Namen und auf meine Rechnung fortführe.

Indem ich mich bemühen werde, durch vorzügliche Waare das Vertrauen zu den Leistungen der Hütte
auch für die Zukunft zu rechtfertigen, empfehle ich mich vorerst zur Ausführung aller bisher gefertigten Artikel.
Gefällige Aufträge werden entgegenkommen:

Karlsruhe, den 7. September 1863.

Langstraße Nr. 78

Emil Winter.

3.a.296. Nr. 2027. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Höherem Auftrage zufolge werden am
Donnerstag den 24. d. Mts.,
Vormittags 8 Uhr anfangend,
eine große Partie herculoser Weißseifen und
Frachtgüter, als: Milken, Hüte, Stöcke, Schirme,
Reisetaschen, Kleidungsstücke, Eisen, leere Kisten, Säcke
und Fässer, gegen gleich baare Bezahlung öffentlich
versteigert.
Karlsruhe, den 12. September 1863.

Verwaltung
der groß. Eisenbahn-Verwaltungsräte und des Haupt-
magazins.
J. A. d. B.
Der Verwaltungsbeamte:
A d a m. vdt. Bielefeld.

3.a.326. Karlsruhe.

Versteigerung.

Höherem Auftrage zufolge werden
Wittwoch den 30. d. M.,
Vormittags 9 Uhr,
auf dem Rathhause in Rauer 30 Handfar-
ren, 8000 Ibd. Fb. 2 1/2 und 1 1/2 buchene Dielen;
Freitag den 2. d. M.,
Vormittags 10 Uhr,
auf der Station Redareiz 15 Erdtransport-
wagen, und im Flugbau-Magazin zu
Mannheim Vormittags 8 Uhr und
Nachmittags 2 Uhr beginnend;
Montag den 12. d. M.,
12 Steintransportwagen, 50 Handfarren, 7 Hebma-
schinen, 16 Fleischhänge, Ketten etc.;
Dienstag den 13. d. M.,
20 Fußwinden, 30 Hebeisen, 50 Bidel, 70 Rothhauen,
25 Stenkschlägel etc., sowie im Magazin hier
Morgens 8 Uhr und Nachmittags 2 Uhr
beginnend;
Montag den 19. d. M.,
119 Erdtransportwagen, 1500 Dienstbahnschwellen,
400 Zweifelpfen etc.;
Dienstag den 20. d. M.,
5000 Kammern, Steinfarren, Schubfarren und ver-
schiedene Gegenstände öffentlich versteigert.
Die Steigobjekte können in Mannheim jeden
Samstag, Vormittags von 8 bis 12 Uhr,
und auf den übrigen Plätzen jeden Tag eingesehen
werden.
Freitag, den 14. September 1863.
Eisenbahnban-Materialverwaltung.
P h i l i p p.

3.a.280. Nr. 1184. Karlsruhe.

Milchversteigerung.

Montag den 28. September d. J., Nach-
mittags 3 Uhr, wird auf der groß. Domäne Stuten-

Frankfurt, 15. Septbr. 1863.		Staatspapiere.		Anlehens-Loos.	
Defferr.	5 1/2% Met. i. S. b. R.	G. Hoff.	5% Obligation.	Defi. 250 fl. R. 1839	141 1/2 %
"	5% do. in holl. St.	"	4 1/2% do.	" 250	1854 83 1/2 %
"	5% do. 1852 in Pf.	"	4% do.	" 100, Pr. 1858	144 1/2 %
"	5% do. 1859	"	3 1/2% do.	" 500, b. 1860/7	90 1/2 %
"	5% Lomb. i. S. b. R.	Raffan	5% Oblig. b. Rth.	3 1/2% Preuss. R. 1841	131 %
"	5% Banet. G. b. R. 7.	"	4 1/2% do.	Schwed. Rth. 1812	10 %
"	5% Rat.-Anl. 1854	"	4% do.	Bad. 50 fl. Loose	—
"	5% Met.-Oblig.	"	3 1/2% do.	" 30	54 1/2 %
"	5% do. 1852 G. b. R.	Brchw.	3 1/2% D. b. R. à 106	Kurb. 40 fl. R. b. R.	56 1/2 %
"	4 1/2% Met.-Oblig.	Erhg.	4 1/2% D. b. R. à 28 fr. 6 G.	Kurb. 50 fl. R. b. R.	132 1/2 %
"	5% Oblig. b. Rth.	Frankf.	3 1/2% Obligation.	" 25	38 1/2 %
"	4 1/2% do.	"	3% do.	Raff. 25 fl. R. b. R.	58 1/2 %
"	4% do.	Mühl.	5% Obl. ind. à fl. 12	Sch. Loose 25 fl. R.	—
"	3 1/2% Staatsf.	Finnt.	4 1/2% Obl. i. R. à 106	Sard. 36 fl. R. b. R.	58 1/2 %
"	4 1/2% 1/2jährig	Espan.	3% ind. Schuld	Wall. 46 fl. R. b. R.	35 1/2 %
"	4 1/2% 1/2jährig	"	2% Schuld	3 1/2% R. d. S. b. R.	96 1/2 %
"	4% 1/2jährig	Belgien	4 1/2% D. i. R. à 28 fr.	2 1/2% Pitt. Pr. D. b. G.	37 %
"	4% 1/2jährig	Italien	5% Rente Pr. à 28.	Ansb. Ömgenh. P.	122 1/2 %
"	4% 1/2jährig	Schwed.	4 1/2% Rente Pr. à 28.	Wechsel-Kurse.	
"	3 1/2% Rente	"	4 1/2% Rente Pr. à 28.	Amsterdam	f. S. 100 %
"	3 1/2% do.	Schwz.	4 1/2% Rente Pr. à 28.	Antwerpen	93 1/2 %
"	3% do.	"	4 1/2% Rente Pr. à 28.	Augst.	99 1/2 %
"	3% do.	"	4 1/2% Rente Pr. à 28.	Berlin	104 1/2 %
"	3% do.	"	4 1/2% Rente Pr. à 28.	Bremen	96 1/2 %
"	3% do.	"	4 1/2% Rente Pr. à 28.	Brüssel	93 1/2 %
"	3% do.	"	4 1/2% Rente Pr. à 28.	Genève	104 1/2 %
"	3% do.	"	4 1/2% Rente Pr. à 28.	Hamburg	88 1/2 %
"	3% do.	"	4 1/2% Rente Pr. à 28.	Leipzig	106 1/2 %
"	3% do.	"	4 1/2% Rente Pr. à 28.	London	118 1/2 %
"	3% do.	"	4 1/2% Rente Pr. à 28.	Madrid	93 1/2 %
"	3% do.	"	4 1/2% Rente Pr. à 28.	Paris	99 1/2 %
"	3% do.	"	4 1/2% Rente Pr. à 28.	Wien	106 %
"	3% do.	"	4 1/2% Rente Pr. à 28.	Disconto	3 1/2 %
"	3% do.	"	4 1/2% Rente Pr. à 28.	Gold und Silber.	
"	3% do.	"	4 1/2% Rente Pr. à 28.	Bistolen	f. 9 39 1/2 - 40 1/2
"	3% do.	"	4 1/2% Rente Pr. à 28.	Preuss. Frd. or.	9 56 - 57
"	3% do.	"	4 1/2% Rente Pr. à 28.	Holl. fl. 10 St.	9 48 - 49
"	3% do.	"	4 1/2% Rente Pr. à 28.	Romb. Ducat.	5 33 1/2 - 34 1/2
"	3% do.	"	4 1/2% Rente Pr. à 28.	20-Frankenst.	9 21 - 22
"	3% do.	"	4 1/2% Rente Pr. à 28.	Engl. Covert.	11 44 - 48
"	3% do.	"	4 1/2% Rente Pr. à 28.	Gold pr. 375.	804 - 9
"	3% do.	"	4 1/2% Rente Pr. à 28.	56. Ell. s. 375.	52 6 - 36
"	3% do.	"	4 1/2% Rente Pr. à 28.	Preuss. Cass. fl.	1 44 1/2 - 45 1/2
"	3% do.	"	4 1/2% Rente Pr. à 28.	Doll. in Gold	2 26 - 27

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

Mit einer Beilage.

See das Milchergebnis auf die Zeit vom 1. Oktober
1863 bis dahin 1864 öffentlich versteigert.
Karlsruhe, am 12. September 1863.

Groß. Gutsverwaltung.
3.a.324. Möhringen.

Schafweide-Ver- pachtung.

Die hiesige große Schafweide wird für 1864 im
Ganzen oder in Abtheilungen
Dienstag den 6. Oktober d. J.
Vormittags 10 Uhr,
auf dem hiesigen Rathhause öffentlich verpachtet und
werden Liebhaber hierzu eingeladen.
Möhringen, den 14. September 1863.
Bürgermeisteramt.
F i s c h e r.

3.a.314. Baden.

Vorzellanöfen-Lieferung.

Die Anfertigung von neuen Porzellanöfen und das
Ansehen der alten Öfen im Frauenlocher zu Licht-
thal, im Kostenüberschlag von 863 fl. 48 fr., soll im
Sommerswege vergeben werden.
Diejenigen Ofenfabrikanten, welche diese Arbeit
übernehmen wollen, haben ihre Angebote mit der Auf-
schrift „Vorzellanöfen-Lieferung“
binnen 10 Tagen
schriftlich an die groß. Bezirks-Bauinspek-
tion dahier zu übergeben, allwo auch der Kosten-
überschlag und die Bedingungen eingesehen, sowie jede
weitere Auskunft erteilt werden kann.
Baden, den 11. September 1863.
Bürgermeisteramt.
G a u s.

3.a.916. Nr. 8021. Kengen. (Schul-
denliquidation.) Adalbert Wobenschel Ober-
leute von Eadingen haben um Auswanderungsbau-
nis dahier gebeten. Etwaige Ansprüche an dieselben
sind in der auf

Freitag den 25. d. Mts.,
früh 9 Uhr,
auf diesseitiger Kanzlei unbenannten Tagfahrt zur
Schuldenliquidation geltend zu machen.
Kengen, den 7. September 1863.
Groß. bad. Bezirksamt.
D i l g e r.

3.a.917. Nr. 18.210. Heidelberg. (Dieb-
stahl und Fälschung.) Am 5. d. Mts. wurde in
dem hiesigen Bahnhofe eine Brieftasche entwendet.
In derselben befanden sich ein Reisepass für G. Ru-
pert aus Kassel, ungefähr 300 Thaler in verschiede-
nen Papiersgeld, wovon 200 Thaler in verschiede-
nen 100-Thaler-Noten beifanden, ein Brief an Hoflasi
Schreiber in Kassel, sowie verschiedene andere Pa-
piere.

Wir machen dies mit dem Anfügen zur Forderung
bekannt, daß der Beschädigte für die Wiederbeschaf-
fung der entwendeten Brieftasche mit Inbalt eine Be-
lohnung von 50 fl. zugesichert hat.
Heidelberg, den 7. September 1863.
Groß. bad. Amtsgericht.
v. L i e d t g e l.

3.a.915. Nr. 924. Fabr. (Strafverken-
nung und Fälschung.) Da sich Soldat Chri-
stian Gabelmann von hier auf die diesseitige Auf-
forderung vom 27. Juli d. J., Nr. 7813, weber
dahier noch bei groß. Kommando des III. Infanterie-
regiments gestellt hat, so wird derselbe in die ange-
ordnete Strafe von 1200 fl. und in die Kosten verur-
theilt, und seines Staatsbürgerrechts für verlustig
erklärt. Die Forderung auf denselben wolle fortge-
setzt werden.
Fabr., den 4. September 1863.
Groß. bad. Oberamt.
W i n t e r.

3.a.903. Nr. 9691. Durlach. (Bekannt-
machung.) J. U. S. gegen den Gelehrten Johann
Andreas Klenner von Wolfartsweier, wegen Refrak-
tion. Wird hiermit der unterm 31. Dezember 1860
angelegte Vermögenserschlag aufgehoben.
Durlach, den 10. September 1863.
Groß. bad. Oberamt.
S p a n g e n b e r g.